

Solidarität mit den kurdischen



Demokratinnen und Demokraten!

Die Landesarbeitsgemeinschaft Frieden der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg teilt die Empörung der kurdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger über das willkürliche Verbot der Demokratik Toplum Partisi (DTP) und das politische Betätigungsverbot ihrer Führung durch das türkische Verfassungsgericht. Wir sehen in der fortgesetzten Unterdrückung kurdischer Identität einen schweren Rückschritt bei der Erlangung demokratischer Rechte für die kurdische Bevölkerung in der Türkei. DIE LINKE LAG Frieden ruft zur Solidarität mit den kurdischen Demokraten auf.

Trotz vielfältiger Wahlmanipulation wurde die DTP bei *„Das Urteil der Verfassungsgerichts ist ein Schlag ins Gesicht der demokratischen Kräfte in der Türkei, die sich für die friedliche Lösung des Kurden-Konflikts einsetzen, sowie der Millionen Kurden in der Türkei, die einen Vertreter ihrer Interessen verlieren.“* den türkischen Kommunalwahlen im März dieses Jahres zur stärksten Kraft in den kurdischen Landesteilen. Mit ihren Stimmen für die DTP drückten die Wähler ihre Hoffnung auf Frieden und soziale Gerechtigkeit aus. Doch bereits am Wahlabend griff die Staatsmacht Unterstützer der DTP mit Polizeiknüppeln, Tränengas und Wasserwerfern an. Hunderte wurden inhaftiert und DTP-Oberbürgermeister zu Haftstrafen verurteilt, weil sie gegen das Sterben von Soldaten und Guerillakämpfern protestierten. Mit dem Verbot der DTP wird jetzt der Ansatz zu einer friedlichen politischen Lösung des Kurdenkonflikts zertreten, wie er erst jüngst im Oktober dieses Jahres durch die Bildung von Friedensdelegationen sichtbar wurde. Durch das DTP-Verbot beraubt sich die Türkei eines demokratisch legitimierten Verhandlungspartners auf kurdischer Seite. Das Verbot der DTP durch das türkische Verfassungsgericht reiht sich ein in eine lange Geschichte der Unterdrückung demokratischer Bewegungen in der Türkei. Solidarität mit den kurdischen Demokraten ist das Gebot der Stunde!

Sevim Dagdelen

(Bundestagsabgeordnete, DIE LINKE)

Nach über 45-jähriger Migration leben fast eine Million Kurdinnen und Kurden in Deutschland. DIE LINKE tritt für ein solidarisches Zusammenleben aller mit gegenseitigem Respekt ein. Die durch die kapitalistische Krise verschärften sozialen Probleme in Baden-Württemberg verlangen gemeinsames Handeln gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerungsmehrheit. Migrantinnen und Migranten sind die ersten, die aufgrund der Krise von Entlassungen bedroht sind. Wir dürfen uns nicht spalten lassen, weder durch nationalistische, noch durch rassistische Demagogen.

DIE LINKE LAG Frieden ruft auf: Lasst uns gemeinsam für Frieden und soziale Gerechtigkeit eintreten, gegen Nationalismus und Rassismus.

Kontakt zu Landesarbeitsgemeinschaft Frieden der Partei DIE LINKE Baden-Württemberg:
Thomas Haschke, Tel.: 0711/ 814 77 695, E-Mail: thomas.haschke@gmx.de, www.dielinke-bw.de